

Die Zeitung.

«Läbigi Stadt» wird am 31. März zehn Jahre alt. Aus diesem Grund wird am selben Tag eine Medienkonferenz mit Rück- und Ausblick über die Bühne gehen. Am darauf folgenden Wochenende, am Samstagabend, 5. April, steigt zur Feier von «Läbigi Stadt» ein Fest im Restaurant Du Nord mit Nachtessen, Kultur und Disco. Selbstverständlich sind alle herzlich dazu eingeladen. Im nebenstehenden Artikel findet ihr weitere Infos zum Programm sowie einen kurzen Rückblick auf die Aktivitäten von «Läbigi Stadt» in den letzten zehn Jahren. In der nächsten Ausgabe dieser Zeitung wagen wir dann einen Ausblick bis zum Jahr 2013.

Ansonsten findet ihr die Einladung zur nächsten Jahresversammlung vom 28. April und Beiträge zu den Abstimmungen vom 18. Mai. Auch das vertraute und beliebte Kurzfutter fehlt nicht.

In der letzten Zeitung haben wir über die neuen Verkehrsverminderungsmassnahmen in London berichtet. Diese wurden inzwischen eingeführt – und trotz allen Unkenrufen haben sie bisher nicht zum Zusammenbruch der Londoner Innenstadt geführt. Ob der gewählte Ansatz sinnvoll ist oder nicht, bleibt dahingestellt – die vorausgesehene Hysterie der Gegnerschaft war bestimmt übertrieben.

Marc Gebhard

Am Abend des 31. März 1993 kamen über 30 Personen zusammen, denen die Dominanz des Autoverkehrs in der Stadt Bern zu schaffen machte. Es ging darum, die städtische Lebensqualität aufzuwerten. Am selben Abend wurde der Verein Bern Autofrei (BAF) gegründet. Dieser setzte sich zum Ziel, den motorisierten Individualverkehr in Bern auf ein erträgliches und vernünftiges Mass zu reduzieren. Bereits ein Jahr später lancierte BAF die Initiative «Läbigi Stadt», welche diese Ziele mit verschiedenen Massnahmen umsetzen sollte. Die Unterschriften waren rasch beisammen und im Herbst 1994 wurde die Initiative eingereicht. BAF zeichnete sich sehr rasch durch seine unkonventionellen und witzigen Strassenaktionen aus. Mit diesen wurde auch die lange Wartezeit bis zur Behandlung der Initiative durch den Stadtrat überbrückt.

1998 beschloss der Stadtrat einen Gegenvorschlag zur Initiative «Läbigi Stadt». Die Initiative wurde zugunsten des Gegenvorschlages zurückgezogen. Im selben Jahr nannte sich Bern Autofrei in «Läbigi Stadt» um, da der alte Name bei vielen Gegnern immer wieder zu unnötigen Irritationen geführt hatte. Die Neuausrichtung wurde mit dem «urbanen Event» in der Dampfzentrale und der Schaffung der «Läbigi Stadt»-Zeitung unterstichen.

Der Gegenvorschlag lag bis 2001 auf Eis. Erst 2002 kam Bewegung in Gang, als der Gemeinderat mit «Läbigi Stadt» eine Vereinbarung mit wichtigen Forderungen aus dem Gegenvorschlag ausarbeitete. Im selben Jahr startete «Läbigi Stadt» die Piazzakampagne für einen autofreien Platz pro Stadtteil. Diese 10 Jahre – hier nur im Zeitraffer – sind uns ein Fest wert!

10 Jahre «Läbigi Stadt» sind

ein guter Grund, am 5. April

ein Fest zu feiern!

LÄBIG!

S T A D T

10 Jahre – das Fest

Samstag, 5. April 2003 ab 19.30 Uhr
im Restaurant Du Nord, Lorrainestrasse 2
in Bern (Bus Nr. 20, Station Gewerbeschule)

Programm

19.30 Uhr Nachtessen (Spaghettata-Buffer mit verschiedenen Saucen, Salat, Tiramisù)

20.45 Uhr Lesung aus dem Kinderbuch «GloriaFuria und die schlimme Marie» mit Lukas Hartmann, Schriftsteller

21.15 Uhr Beatrix Hauri Trio, Accoustic Jazz

22.15 Uhr Heinz Däpp, Satire

ab 23.15 Uhr bis um 03.30 in der Frühe: Disco mit DJ Dänu (70/80/90 und 00-Hits)

Für das Essen ist eine Anmeldung erforderlich und es kostet Franken 25.– pro Person.

Türöffnung zum Kulturteil ist ab 20.30 Uhr: Der Eintritt kostet Fr. 15.– pro Person.

Anmeldung für Nachtessen:

Ich komme zum Geburtstags-Nachtessen am 5. April 2003 um 19.30 Uhr für Franken 25.–

Name, Vorname _____

Adresse: _____

Telefon: _____

E-mail: _____

Bitte bis 28. März 2003 einsenden an: «Läbigi Stadt», Postfach 5504, 3001 Bern oder per Fax an 031 332 98 96.

Strom ohne Atom

2 x Ja

2 mal Ja zum geordneten Ausstieg aus der Atomenergie am 18. Mai

Seit Beginn des Atomzeitalters gab es viele Ideen, den radioaktiven Abfall zu «entsorgen». Doch alle Vorschläge und Projekte sind kläglich gescheitert. In der Tat kommt die deutsche Expertenkommission für die Entsorgung von Atommüll zum ernüchternden Schluss, «dass bis zum heutigen Zeitpunkt, trotz intensiver Forschung, keine Lösung für die Endlagerung atomaren Abfalls gefunden werden konnte».



Das Radioisotop Plutonium 239, ein Hauptbestandteil in abgebrannten Brennstäben, hat eine Halbwertszeit von 24'000 Jahren und bleibt somit für über Hunderttausende von Jahren gefährlich. Doch der Müll ist nur eines der zahlreichen Probleme der Atomtechnologie. Insbesondere seit den Anschlägen des 11. September 2001 wurde das Udenkbare Realität: Passagierflugzeuge wurden zu fliegenden Bomben. Was uns vorher schon klar sein musste, ist an diesem Tag allen mit grösster Brutalität vor Augen geführt worden: Unsere Gesellschaft ist verletzlich und verwundbar. Nicht auszumalen, was passiert, wenn ein künftiger Anschlag auf ein AKW gerichtet wird. Nur 30 km vom Flughafen Kloten brütet das AKW Leibstadt. Sein Kühlturm, ca. 60 Meter hoch, bietet ein gut erkennbares Angriffsziel. Der Reaktor ist mit nichts gegen einen Angriff aus der Luft geschützt. Einem Kamerateam ist es kürzlich ohne jede Umstände gelungen, mit einem Kleinflugzeug in niedrigster Höhe über das Gelände zu fliegen!

Handle so, dass auch die Zukunft eine Zukunft hat: Um künftigen Generationen nicht noch mehr Probleme aufzuhalsen, müssen wir dieser gescheiterten Technologie ein Ende bereiten. Dafür bieten uns die beiden Initiativen «Strom ohne Atom» und «Moratorium Plus», die am 18. Mai 2003 zur Abstimmung kommen, die beste Möglichkeit. Die Stromversorgung kann heute ohne Atom sauber und sicher garantiert werden. Im Sommer reicht für die Versorgung die Wasserkraft aus. Für den Winter können wir die Atomkraftwerke durch neue Technologien ersetzen. Der stufenweise Ausstieg bis zum Jahr 2014 garantiert, dass jederzeit genügend Strom fliesst. Durch erneuerbare Energien wie Sonne-, Wind-, Biogas- und Geothermie-Technik, durch Wärme-Kraft-Koppelung aber auch durch Effizienzsteigerung bei modernen Geräten in Wirtschaft und Haushalt, werden die AKW's überflüssig.

Ursula Wyss, SP-Nationalrätin und Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK)

Das Zitat Wort für Wort

«Der Nationalrat hat die Asphalt-Avanti-Lobby rechts überholt. In den Gegenvorschlag hat er so viel Strassenbau hineingepackt, dass ein unverdaulicher Brocken entstanden ist. Das Agglo-Zückerchen wird den Städten noch schwer auf dem Magen liegen, bringt es ihnen doch noch verstopftere Strassen. Wenn's der Ständerat nicht richtet, wird es das Volk 2004 tun.» Dies ist in der Februar-Ausgabe des **ECHO, Zeitung der Alpeninitiative** zu lesen. Und weiter: «Das Avanti-Paket kommt voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2004 vor's Volk.» Das Avanti-Nein-Komitee bereitet mit allen Kräften die Kampagne vor. Wir suchen Leute, die dabei aktiv mithelfen wollen. Bitte melden Sie sich! Weitere Angaben unter: www.avanti-nein.ch

Der Nationalrat hat beschlossen, den Toleranzwert von 0,8 auf 0,5 Promille Blutalkoholgehalt zu senken. Der Entscheid fiel mit 101 zu 74 Stimmen trotz heftigem Widerstand der bürgerlichen Parteien. Die Debatte war lebhaft, zum Teil gehässig. «Eine absolute Frechheit», sagte **Peter Föhn** (SVP, SZ). Und **Roland Borer** (SVP, SO) erklärte: «Ich bin bereit, mich hier und jetzt einem Alkoholtest zu unterziehen, wenn andere sich auf Cannabis testen lassen.» Am Schluss der Debatte waren es nüchterne Zahlen, die wahrscheinlich den Ausschlag dafür gaben, dass sich der Nationalrat für die Senkung der Promillegrenze entschied. In der Schweiz sind im Jahr 2000 bei 5,6 Prozent aller alkoholbedingten Verkehrsunfälle Konzentrationen zwischen 0,5 und 0,8 Promille im Spiel gewesen. (geb)

Der Klatsch Tratsch für Tratsch

Einmal mehr können wir in dieser Rubrik über die Geburt von Nachwuchs berichten: Unsere Mitglieder **Kaspar Zürcher** und **Barbara Kooijman** samt Söhnen **Max** («Läbigi Stadt» berichtete) freuen sich auf den Familienzuwachs durch **Sebastian**. Bleibt zu hoffen, dass das autofreie Viererfeld so rasch verwirklicht wird, dass Max und Sebastian dort bald herumtollen können...

Ein anderes frohes Ereignis hatten in den letzten Wochen drei andere «Läbigi Stadt»-Mitglieder zu feiern: Allesamt wurden sie 30 Jahre alt. Zuerst war die politische Sekretärin von «Läbigi Stadt» und Grossrätin, **Mirjam Bütler** an der Reihe. Sie wurde am 12. Januar von 70 Freundinnen und Freunden mit einem dreieinhalbstündigen Film mit einem Rückblick und einer Bilanz auf ihr bisheriges Leben beschenkt. Gespannt warten viele jetzt auf die öffentliche Welturaufführung... Am 28. Januar feierte Koordinationsmitglied und Stadträtin **Martina Dvoracek** im Lichtspiel mit orientalischem Apéro und Wochenschauen aus dem Jahr 1973 ebenfalls ihren 30., zusammen mit Freundinnen und Freunden. Und am 8. Februar schliesslich war «Läbigi Stadt»-Gründungsmitglied und Nationalrätin **Ursula Wyss** an der Reihe: Im Café Kairo feierte sie zusammen mit Freundinnen und Freunden bis in den frühen Morgen hinein das definitive Ende ihrer Jugend. Wir gratulieren an dieser Stelle nochmals herzlich und freuen uns auf die nächsten runden Geburtstage.

(geb)

Einladung zur Jahresversammlung von «Läbigi Stadt»

Montag, 28. April 2003, um 18.30 Uhr im Restaurant Casa d'Italia, Bühlstrasse 57 in Bern (Bus Nr. 12, Station Mittelstrasse)

Die Jahresversammlung 2003 wird über die Schwerpunktthemen von «Läbigi Stadt» im folgenden Vereinsjahr diskutieren. Neben der Fortsetzung der Piazza-Kampagne wird es dabei vorab auch um Ausrichtungsfragen von «Läbigi Stadt» gehen. Soll das Einzugsgebiet auf die Region ausgeweitet werden? Wollen wir uns vermehrt anderen Mobilitätsformen annehmen? Dazu hat die Koordination zwei Anträge formuliert, über die wir an der Jahresversammlung eingehend diskutieren werden.

Personell bleibt die Zusammensetzung relativ stabil: Alle bisherigen Koordinationsmitglieder treten zur Wiederwahl an: Mirjam Bütler, politische Sekretärin; Leyla Gül, administrative Sekretärin (ist im Verlauf des Jahres für Salome Vonlanthen zur Koordination gestossen); Guido Federer, Kassier; Marc Gebhard, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Martina Dvoracek, Aktionen; Michael Aebersold und Duscha Padrutt, Troubleshooting und Kontakte. Michelle Fiechter (Piazza-Kampagne) verlässt die Koordination wegen Auslandsaufenthalt. Für sie wird noch nach Ersatz gesucht. Interessierte sollen sich bitte unter 031 332 98 96 melden. Auch Christoph Zimmer (Webauftritt) verlässt die Koordination, da er in Zürich wohnt. Allerdings ist er glücklicherweise weiterhin bereit die Website zu betreuen, weshalb für ihn kein Ersatz ansteht.

Traktanden:

18.30 Begrüssung

18.35 Genehmigung des Protokolls der Jahresversammlung vom 17. April 2002

18.40 Genehmigung Jahresbericht 2002

18.45 Genehmigung Jahresrechnung 2002 und RevisorInnenbericht

18.55 Statutenänderungen - Anträge

19.25 Wahlen in die Koordination und Wahl der RevisorInnen

19.35 Jahresschwerpunkte 2003

19.45 Genehmigung Budget 2003

19.55 Information/Varia

20.00 Schluss



Das letzte Jahr: Im Zeichen der Piazza-Kampagne

Wer nähere Informationen zur Jahresversammlung 2003 möchte (zum Beispiel Jahresrechnung und Jahresbericht etc.), kann diese wie immer per Postkarte beim Sekretariat bestellen: «Läbigi Stadt», Postfach 5504, 3001 Bern.

Ja zur vier autofreien Sonntagen

Die Kampagne der SONNTAGS-Initiative zieht mit vier zentralen Botschaften in den Abstimmungskampf. Kurz und bündig heissen diese: Lebensfreude, Freiraum, Freizeit und Besinnung. Während vier Jahren will die SONNTAGS-Initiative der Schweizer Bevölkerung und ihren Gästen vier Mal jährlich autofreie Strassen schenken. Die Chance dieser nicht radikalen Initiative ist es, dass bei ihrer Annahme alle Menschen eine Vorstellung davon erhalten, welchen Zugewinn an Lebensqualität durch das Wegbleiben des Autoverkehrs entsteht. Die SONNTAGS-Initiative geht im Lärm um viele andere sehr zentrale Anliegen über die wir am 18. Mai 2003 abstimmen können unter. Dennoch wäre sie eine Chance ab und zu inne zu halten und zu sehen und zu erleben was möglich wäre wenn... «Läbige Stadt» empfiehlt ein kräftiges JA zu dieser Vorlage einzulegen. (geb)

Am 18. Mai 2003 abstimmen gehen!

Oft sind Abstimmungen wichtig und entscheiden auf Jahre hinaus sehr grundsätzliche Fragen die uns alle betreffen. Am 18. Mai geht es um sage und schreibe 9 Vorlagen. Darunter mehrere sehr gewichtige. Wir möchten an dieser Stelle alle unsere Mitglieder und SymphasantInnen bitten, an diesen Abstimmungen teilzunehmen. Sich ärgern wenn's anders rauskommt als man es sich gewünscht hat, bringt nichts.



P.P.

3001 Bern

Postfach 5504, 3001 Bern

Ich will

- «Läbige Stadt. Die Zeitung.» abonnieren (für 10.–)
- Mitglied des Vereins «Läbige Stadt» werden (Nicht-Verdienende 20.–, Verdienende 30.–)
- aktiv werden. Nehmt mit mir Kontakt auf.

Ich bestelle

- ___ Ex. Bilderbuch «Stadt aus Sand» ...für kleine und grosse Menschen, Fr. 12.– plus Porto
- ___ Ex. Postkarten-Kollektion à 8 Stück ...mit witzigen Sujets für jede Gelegenheit, Fr. 8.– plus Porto
- ___ Ex. Postkarten (zufällige Auswahl der Sujets), Fr. 1.– je Stück (Mindestmenge 5 St.)
- ___ Ex. Frisbee (gratis; plus Versandkosten)
- ___ Ex. Zündholzschachteln mit dem Aufdruck «Läbige Stadt – die zündende Initiative» ...damit die Kerzen auch sicher Feuer fangen, im Minimum 5 Pack pro Bestellung, Fr. 1.– pro Stück plus Porto
- ___ Ex. Argumentarium zu «Läbige Stadt» (à Fr. 3.–)
- ___ Original-Poster (Unikate) der Ausstellung «Stadt im Raum» ...der originelle Wandschmuck im A0-Format, Fr. 100.–

Bitte zurücksenden an:
«Läbige Stadt», Postfach 5504, 3001 Bern

Rückblick Schlag auf Schlag

FDP-Beschwerde gegen Verkehrsvereinbarung definitiv abgeschmettert

Die Verkehrsvereinbarung zwischen «Läbige Stadt» und dem Gemeinderat von Bern war für die FDP von Anfang an «Verträge mit Antiverkehrsfundamentalisten» und die «Ausschaltung des Volks». Die FDP tat, was sie in verkehrspolitischen Kontroversen gerne tut: Beschwerde einreichen.

Bei Regierungsstatthalterin Regula Mader blitzte der Freisinn im Sommer letzten Jahres ab: Mader trat gar nicht erst auf die Beschwerde ein. Und nun ist die FDP Anfang Februar diesen Jahres auch bei der Kantonsregierung auf Ablehnung gestossen: Der Regierungsrat trat zwar auf die Beschwerde ein, wies sie jedoch inhaltlich ab, wie das kantonale Amt für Information mitteilte. Die Vereinbarung stelle «keine Offenlegung der verkehrspolitischen Zielsetzungen des Gemeinderats ohne rechtlich durchsetzbare Rechte und Pflichten dar», argumentiert der Regierungsrat. Sie verstosse weder gegen das öffentliche Interesse noch gegen die Verhältnismässigkeit. Zudem könnten sich Betroffene «zu gegebener Zeit» mit den ordentlichen Rechtsmitteln gegen die konkreten Verkehrsmassnahmen «zur Wehr setzen».

«Läbige Stadt» hat diesen Entscheid erwartet und ist froh, dass jetzt endlich vorwärts gemacht werden kann. (geb)

